



Aktion für eine unabhängige  
und neutrale Schweiz  
Action pour une Suisse  
indépendante et neutre  
Azione per una Svizzera  
neutrale e indipendente

Dezember 2003

Über 41 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.  
Erscheint sechsmal jährlich. –  
Rickli + Wyss AG, Bern

# Grauer Brief 93

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:  
Nationalrat Dr. Christoph Blocher

Vizepräsidenten:  
Dr. Pirmin Schwander, Nationalrat  
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:  
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16  
e-Mail: auns@auns.ch  
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

## Eidgenössische Wahlen vom 19. Oktober 2003

# Politik für eine unabhängige und neutrale Schweiz gestärkt!

### Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Die Nationalratswahlen sind für die AUNS ermutigend verlaufen. Nachdem vor allem Parteien und Politiker zugelegt und gewonnen haben, welche für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes eintreten, erwartet die AUNS, dass im Parlament nun eine Politik gemacht wird, welche den Volkswillen respektiert.

Die AUNS wird die gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier daran messen, ob sie ihren Auftrag gemäss Artikel 173 der Bundesverfassung erfüllen: «Die Bundesversammlung (...) trifft Massnahmen zur Wahrung der (...) Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.»

Sie wird die Parlamentarierinnen und Parlamentarier daran messen, ob sie sich für unsere Volks- und Freiheitsrechte einsetzen und den Beitritt unseres Landes

zum nachteiligen Schengen-Abkommen, zur EU und zur NATO bekämpfen, ob sie dem Asylmissbrauch, der Verschleuderung des Schweizer Passes und der Schaffung eines Berufsparlaments entgegentreten und ob sie ohne Wenn und Aber für das Bankkundengeheimnis und für unsere Schützentradition eintreten.

Ebenso wird die AUNS politische Irrwege, welche unsere Staatssäulen schwächen, künftig vermehrt mit Referenden verhindern.

Eine erste Bewährungsprobe für das neue Parlament wird die Bundesratswahl vom 10. Dezember 2003 sein. Das Parlament hat den Tatbeweis zu liefern, ob es willens ist, starke Persönlichkeiten in die Landesregierung zu wählen, die ohne Wenn und Aber für die Landesinteressen eintreten.

Aus Sicht der AUNS ist die Wahl unseres Präsidenten Christoph Blocher in den Bundesrat dringend nötig. Die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes erhalten damit endlich einen überzeugenden Verfechter in der Landesregierung. Gleichzeitig muss die AUNS aber auch zum Kampf gerüstet sein, wenn der Bundesrat mit Mehrheitsentscheid gegen zentrale Interessen unseres Landes verstösst. Auch in diesem Fall hätte unsere Volksbewegung den Kampf zu führen. Darum ist eine starke AUNS nötiger denn je.

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Geschäftsführer:

Hans Fehr, Nationalrat

## Eidgenössische Wahlen vom 19. Oktober 2003

Gewählte Mitglieder des Nationalrates,  
die eine klare AUNS-Politik vertreten:

Name	Vorname	Partei	Name	Vorname	Partei
<b>Aargau</b>			<b>Solothurn</b>		
Giezendanner	Ulrich	SVP	Borer	Roland	SVP
Glur	Walter	SVP	Wobmann	Walter	SVP
Mathys	Hans Ulrich	SVP	<b>St. Gallen</b>		
Speck	Christian	SVP	Bigger	Elmar	SVP
Stamm	Luzi	SVP	Brunner	Toni	SVP
Müller	Philipp	FDP	Hutter	Jasmin	SVP
<b>Baselland</b>			Pfister	Theophil	SVP
Baader	Caspar	SVP	Müller	Walter	FDP
Miesch	Christian	SVP	<b>Tessin</b>		
<b>Baselstadt</b>			Bignasca	Attilio	Lega
Dunant	Jean Henri	SVP	<b>Thurgau</b>		
<b>Bern</b>			Baumann	J. Alexander	SVP
Amstutz	Adrian	SVP	Spuhler	Peter	SVP
Joder	Rudolf	SVP	<b>Waadt</b>		
Oehrli	Fritz Abraham	SVP	Fatteberg	Jean	SVP
Schenk	Simon	SVP	<b>Wallis</b>		
Schmied	Walter	SVP	Freysinger	Oscar	SVP
Wandfluh	Hansruedi	SVP	<b>Zug</b>		
Weyeneth	Hermann	SVP	Scherer	Marcel	SVP
Hess	Bernhard	SD	<b>Zürich</b>		
Waber	Christian	EDU	Binder	Max	SVP
<b>Fribourg</b>			Blocher	Christoph	SVP
Rime	Jean-François	UDC	Bortoluzzi	Toni	SVP
<b>Genf</b>			Fehr	Hans	SVP
Pagan	Jacques	UDC	Kaufmann	Hans	SVP
Reymond	André	UDC	Keller	Robert	SVP
<b>Luzern</b>			Maurer	Ueli	SVP
Kunz	Josef	SVP	Mörgeli	Christoph	SVP
Laubacher	Otto	SVP	Schibli	Ernst	SVP
Müri	Felix	SVP	Schlür	Ulrich	SVP
<b>Neuchâtel</b>			Stahl	Jürg	SVP
Perrin	Yvan	UDC	Zuppiger	Bruno	SVP
<b>Schwyz</b>			Leutenegger	Filippo	FDP
Föhn	Peter	SVP	Wäfler	Markus	EDU
Schwander	Pirmin	SVP			

## Für sie ist die Eidesformel Verpflichtung!

*«Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten; die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.»*

## Im 11. Jahr nach dem EWR-Nein

Am kommenden 6. Dezember 2003 jährt sich das Nein des Schweizer Volkes zum EWR-Kolonialvertrag zum 11. Mal. Konsequenzen des EWR-Neins:

- **Das EWR-Nein verhinderte den bereits anvisierten EU-Beitritt.**
- **Sämtliche wirtschaftlichen Horrorszenarien ohne EWR-Mitgliedschaft sind nicht eingetroffen.**
- **Unabhängigkeit, Föderalismus und Neutralität sichern den inneren Zusammenhalt der Schweiz. Eine Europäische Union mit ihrer angestrebten eigenen Sicherheits- und Aussenpolitik zerstört die historischen Grundlagen unseres Kleinstaates.**
- **Der Beitritt zur EU muss auch künftig zum Wohl der Schweiz und zum Wohl ihrer Bürger verhindert werden.**

## 11 Jahre nach dem EWR-Nein ist die Schweiz attraktiv und wettbewerbsfähig

Nebst etlichen Prominenten kommen immer mehr ausländische Firmen in die Schweiz. Die Zeitung CASH vom 20.10.03 publizierte eine aktuelle Liste weiterer Unternehmen, die in der Schweiz tätig werden: Safety Training aus Bayern baut ein Ausbildungszentrum für Gefahrgut-Transporte im Kanton Solothurn/ Autovermieter Sixt wickelt seine ganze Auslandaktivität zukünftig aus

firma im Kanton Thurgau auf/ Qnamic investiert im Kanton Solothurn ...  
Und 1992 predigten die EWR-Befürworter den Untergang der Schweiz ...

## Economiesuisse sagt nein zur EU

[Auszug aus einem Referat von Ueli Forster, Präsident von economiesuisse, 27.10.03]  
«(...) In der öffentlichen Diskussion übersehen und in der politischen Debatte herabgespielt wird jedoch etwa, dass unser politisches System im Falle ei-



der Schweiz ab/Waggonbauer Bombardier verlegt 40 Arbeitsplätze von Berlin nach Zürich/Orthopädieprodukte-Hersteller Otto Bock investiert in Luzern/Die deutsch-amerikanische BAG Med zieht in den Kanton Luzern/Design-Atelier Hug & Dorfmueller lässt sich in Luzern nieder/Firma Auto Kabel investiert in eine neue Firma 15 Mio. Franken/Medartis aus München baut eine Schulungs-

nes Beitrittes zur EU deutlich verändert werden müsste. In seinem Integrationsbericht von 1999 hat der Bundesrat diese Frage denn auch praktisch vollständig ausgeblendet. Die direkte Demokratie auf Bundesstufe wäre aber in gewissen Teilen mit den Vorgaben der EU kaum vereinbar. Man muss sich nur vorstellen, über welche Vorlagen das Schweizer Volk in den vergangenen Jahren abge-



Inserat der EWR-Befürworter 1992

stimmt hat und wie diese mit dem Acquis communautaire in Einklang gebracht werden.

Grob gesagt geht es darum, dass der Schweizer Bürger wohl weiterhin abstimmen könnte, dass aber die Abstimmungsergebnisse bezüglich EU-Kompatibilität relativiert werden müssten.

Die Krux liegt nun aber darin, dass es der Politik schwer fallen dürfte, dem Schweizer Stimmbürger beliebt zu machen, Volksrechte einzuschränken. Bis jetzt verlief der Zug in der Schweiz in die andere Richtung. Auch aus EU-Sicht wäre es wohl nicht ganz unproblematisch, ein Mitgliedland zu haben, dessen politisches System in weiten Teilen nicht nur fremdartig ist, sondern möglicherweise auch politische Abläufe in

der EU-Politik in Frage stellen könnte. Man erinnere sich nur an die Bedenken Brüssels, wenn es in einzelnen Mitgliedstaaten gelegentlich zu Referenden kommt. Der Fall Dänemark lässt grüssen.

Diese Bemerkungen sollen aber keineswegs so ausgelegt werden, als ob Reformen in unserer Innenpolitik nicht sinnvoll oder gar erwünscht wären. Reformwille kommt in der Schweiz nicht so sehr «von oben» als «von unten» und muss zuerst gedeihen, und das aus der Position der Stärke heraus und nicht als Folge eines wirtschaftspolitischen Sanierungsversuchs einer von aussen aufgezwungenen Anpassung.

(...) In Wirtschaftskreisen gehen wir von der Annahme aus, dass unser Land noch auf Jahre hinaus nicht der EU beitreten wird.

Dies bedingt, die gestalterische Kraft als Drittland zu nutzen, welche nicht nur im Verhältnis zur EU mit dem bilateralen Weg, sondern auch im Rahmen der WTO und im Bereich der Freihandelsabkommen in reichem Masse vorhanden ist.

Es ist falsch, stets nach Brüssel zu schielen und in eine Art Imitationssucht zu verfallen. Europa ist zwar ein wichtiger Massstab, aber in der globalisierten Wirtschaft nicht der einzige.

Die Wettbewerbsfähigkeit steigern und damit Wachstum zu schaffen, ist die beste Voraussetzung für die Erhöhung des Handlungsspielraums. (...)

Eine innerlich starke und wirtschaftlich kompetitive Schweiz ist für die EU der interessanteste Partner.»

## NEIN zum Schengener Kolonialvertrag!

### Presse-Mitteilung vom 10.10.2003

### Schengen: Bundesrat verleugnet sich selbst

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) stellt erneut fest, dass der Bundesrat im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen (Bilaterale II), das er als Vorstufe zum EU-Beitritt vorantreiben will, mit gespaltener Zunge spricht.

Im SUISSEUROPE-Bulletin vom September 2003, herausgegeben vom Integrationsbüro EDA/EVD (der vom Steuerzahler finanzierten EU-Propagandastelle des Bundesrates), wird behauptet, ein Schengen-Beitritt bringe für unser Land kei-

nen Souveränitätsverlust. Mit altbekannten Wortspielereien wird behauptet, die Schweiz könne bei der Weiterentwicklung des Schengen-Rechtsbestandes «autonom und souverän» entscheiden, ob sie die neuen Rechtsakte übernehmen wolle oder nicht. Dass die Schweiz in Tat und Wahrheit kein Mitbestimmungsrecht erhält, und dass einfach so lange verhandelt würde, bis auch das letzte Schengen-Mitglied nachgegeben hat, wird lediglich am Rand erwähnt.

Schwer wiegt zudem, dass der Bundesrat der Unwahrheit bezichtigt werden muss. Denn in der «Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG» (Bilaterale I) vom 23. Juni 1999 hat der Bundesrat wörtlich festgestellt: «... dass solche Verhandlungen für jene

Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen (sprich EU) unerlässlich sind.» Als Bereich, der aus diesem Grund nicht verhandelt werden dürfe, hat der Bundesrat damals ausdrücklich Schengen genannt! Und jetzt vollzieht er plötzlich eine totale Kehrtwendung. Um den Schengen-Beitritt zu erzwingen, sind dem Bundesrat offensichtlich alle Mittel recht. Die AUNS wird alles daran setzen, um den Schengen-Beitritt zu verhindern. Dieser unwürdige Kolonialvertrag, der uns fremdes, noch unbekanntes Recht und fremde Richter aufzwingt und durch die Abschaffung der Grenzkontrollen freie Fahrt für illegale und kriminelle bringt, darf unserem Volk nicht aufgebürdet werden!

\*\*\*

## Weniger Kriminalität dank Schengen?

Nach den hohen Steigerungsraten im Jahr 2002 (+ 13,2 Prozent im Vergleich zu 2001) weist die vorläufige Kriminalstatistik Österreichs für das Jahr 2003 erneut eine Zunahme der Straftaten aus. Im Vergleich zur Vorjahresperiode wurden mehr als 10 Prozent, d.h. rund 60 000 Delikte mehr begangen. Die Aufklärungsrate sank gleichzeitig um 2,3 auf 39 Prozent.

[Daten und Fakten 2002 Bundesministerium für Inneres Wien/Pressemitteilung SPÖ-Salzburg vom 25.10.03/Profil, 25.10.03]

*Und da will uns Bundesrätin Metzler mit ihren Propagandisten weismachen, dass die Schweiz dank Schengen sicherer würde ...*



## «Das Bankkundengeheimnis reicht!»

Bei den Bilateralen II geht es bekanntlich um das Schengener/Dubliner Abkommen, um die Rechtshilfe in Steuerfragen (Zinsbesteuerung, Bankkundengeheimnis), sowie um die Bereiche Dienstleistungen, Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Bildung/Berufsbildung/Jugend, Medien, Umwelt, Statistik und Ruhegehälter.

Der Bundesrat möchte das Paket der Bilateralen II um fast jeden Preis bis Ende 2003 abschliessen.

Er will, dass sämtliche Dossiers der Bilateralen II, einschliesslich desjenigen über die **grenzüberschreitende Zinsbesteuerung**, gleichzeitig paraphiert und unterschrieben werden. Somit steht und fällt das ganze Verhandlungspaket mit der Einigung über die blockierte Rechtshilfe in Steuerfragen. [NZZ, 10.11.2003]

Dabei beharrt die Schweiz auf dem Prinzip der **doppelten Strafbarkeit**: Die Strafbarkeit soll nur für jene Delikte gelten, die sowohl in der EU als auch in der Schweiz nach geltendem Recht vom Strafgesetz geahndet werden.

Das heisst: **Die Rechts- und Amtshilfe soll auf Steuerbetrug beschränkt bleiben und nicht auf einfache Steuerhinterziehung ausgedehnt werden.**

Die EU will die von der Schweiz verlangte doppelte Strafbarkeit bloss während einer Übergangsfrist und ausschliesslich bei *Rechtshilfebegehren zu Zinszahlungen* akzeptieren. Damit würde aber das bereits ausgehandelte Zinsbesteuerungs-Abkommen auf den Kopf gestellt, und das Bankkundengeheimnis würde preisgegeben.

**Die Konsequenzen für die AUNS sind klar:**

- **Nein zur nachteiligen Paketlösung der Bilateralen II. Vorgezogener Abschluss des Vertrages über die Zinsbesteuerung und damit Schutz des Bankgeheimnisses.**

- **Nein zum Schengen/Dublin-Abkommen. Nein zum EU-Beitritt durch die Hintertür.**

Die AUNS hat zu Schengen/Dublin bereits an der Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003 einstimmig das Referendum beschlossen.

## Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen Schengen kann bereits ab Frühjahr 2004 losgehen! Nur mit Ihrer Hilfe stellen wir die Finanzierung für das Referendum «Schengen» sicher. Deshalb danken wir Ihnen herzlich für zusätzliche Spenden. Besten Dank!

## Das trojanische Pferd namens OECD

Die Schweiz ist Mitglied der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zunehmend gerät die OECD in den politischen Einfluss ihrer Mitgliedstaaten, insbesondere der EU. **Die EU versucht nicht nur im Rahmen der bilateralen Verhandlungen, sondern auch via OECD zusätzlich Druck auf die Schweiz auszuüben mit dem Ziel, das Bankkundengeheimnis und die bürgerfreundliche Steuerpolitik unseres Landes dem EU-Regime anzupassen.** So kritisieren OECD-Funktionäre, der Steuerwettbewerb sei nicht fair gegenüber Ländern mit hoher

Steuerbelastung, da er die Steuerpflichtigen zur Verlegung in steuerlich günstigere Standorte anstifte. Ihnen schwebt eine Harmonisierung der Steuern in Europa vor.

Wirtschaftsprofessor Henri Schwamm von der Universität Genf stellt die Frage: «Welche rechtliche Legitimität hat die OECD eigentlich und wie unparteiisch ist sie? Haben wir es nicht etwa mit einem schleichenden – oder genauer gesagt langsam erschlichenen Staatsstreik gegen die Demokratie zu tun? Die Schweiz jedenfalls fühlt sich, obschon sie Gründungsmitglied der OECD ist, durch deren Steuerlehre in keiner Weise verpflichtet, denn sie läuft ihren Interessen diametral entgegen.»

[La Lettre Nr. 24, Okt. 2003]

«Die Schweizerische Bankiervereinigung hält in ihrem 91. Jahresbericht 2002/2003 fest: «Die OECD engagiert sich seit einigen Jahren stark in Steuerfragen. Dabei verlässt sie ihre ursprüngliche Kernaufgabe, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten. Die Schweiz gerät immer wieder zu Unrecht in Kritik, die in erster Linie politisch motiviert ist und vor allem von Hochsteuerländern stammt. Die Schweiz ist gut beraten, solche Druckversuche klar und deutlich abzulehnen, denn als internationale Organisation hat die OECD die Souveränität ihrer Mitglieder zu beachten.»

## EU-Fehlkonstruktion

### «Die EU könnte auseinander fallen»

«Eine Verwässerung des Reformprojekts könnte den Zusammenhalt der EU gefährden», warnt der deutsche EU-Parlamentarier Elmar Brok, der am neuen Verfassungsentwurf beteiligt ist.

[BZ, 1.10.2003]

Die EU will sich bekanntlich eine eigene Verfassung geben mit einem EU-Präsidenten, einem EU-Aussenminister, mit einer gemeinsamen Aussen- und Verteidigungspolitik, mit eigener Währung und einer gleichgeschalteten Handels-, Wirtschafts-, Sozial-, Einwanderungs- und Asylpolitik. Sie soll damit endgültig zum Einheitsgebilde «Europäische Union» werden, deren Verfassung nationales Recht ausdrücklich bricht. Die schweizerische Unabhängigkeit, unsere Freiheit,

unsere Selbstbestimmung, unsere Souveränität unsere Neutralität und unser Wohlstand würden mit einem Beitritt preisgegeben.

Der Entwurf für die künftige EU-Verfassung wurde von einem 105-köpfigen Verfassungskonvent unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing erarbeitet. Sie soll die Strukturen und Voraussetzungen schaffen, damit die per 1. Mai 2004 um 10 auf 25 Staaten erweiterte EU «handlungsfähig bleibt».

Vor allem in zwei Bereichen gibt es unüberbrückbar erscheinende Differenzen:

● **Die Kleinen verlieren:** Die mächtige EU-Kommission (Exekutive) soll von 20 auf 15 stimmberechtigte Mitglieder verkleinert werden. Zwar könnte jedes Land weiterhin

einen Vertreter stellen, er wäre aber nur noch sehr eingeschränkt, nach einem bestimmten Turnus, stimmberechtigt.

● **Doppelte Mehrheiten statt Einstimmigkeit:** Bei Abstimmungen braucht es künftig eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten, welche zusammen mindestens 60 % der gesamten EU-Bevölkerung repräsentieren müssen. Damit werden die Kleinen gegenüber dem bisherigen Einstimmigkeits-Prinzip zusätzlich massiv benachteiligt.

Weiteren Zündstoff bietet beispielsweise Art. 53 Abs. 1 des EU-Verfassungsentwurfs: «Die Union stattet sich mit den erforderlichen Mitteln aus, um ihre Politik durchführen zu können.» Daraus wird man früher oder später die Berechtigung der Union ableiten, **neue und eigene Steuern** zu erheben.

Bedenklich sind auch die weitreichenden Bestimmungen über die **«Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik»**. Ebenso ist Brüssel nach der neuen Verfassung befugt, Initiativen zur **«Koordinierung der Sozialpolitik»** zu ergreifen.

Das gewaltige EU-Verfassungswerk, das viele Züge aus der sozialistischen Mottenkiste trägt, ist ein Spiegelbild für die masslos überregulierte und an Bürokratie nicht zu überbietende Zentralmacht auf dem europäischen Kontinent. Zentrale Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität, Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Föderalismus, und Bürgernähe werden untergraben.

Blair, Chirac und Schröder wollen die Verfassung nun durchpeitschen und sind sich einig: Am Vorschlag der EU darf nicht mehr viel kritisiert werden. Der Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier fordert eine inhaltliche Debatte über den vorliegenden Verfassungsentwurf: «Zu sagen, das, was da bisher entstanden ist, sei nur noch abzunicken und durchzuwinken, tangiert schon die demokratisch-parlamentarischen Grundfesten.»

[SPIEGEL online, 21.09.03]

Der Vergleich der Schweiz (sofern sie Mitglied der EU würde) mit einem gerupften, gefesselten und geknebelten Huhn ist aufgrund dieser Verfassung noch mehr gerechtfertigt. Unser Land hätte viel zu verlieren. Darum haben am 4. März 2001 77 % der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und sämtliche Kantone die EU-Beitrittsinitiative wuchtig abgelehnt. Sie haben dem entscheidenden

Satz im Initiativtext «Die Schweiz beteiligt sich am europäischen Integrationsprozess und strebt zu diesem Zweck dem Beitritt zur Europäischen Union an» eine vernichtende Abfuhr erteilt.

### Das Volk soll schweigen und gehorchen ...

Die Bürger sollen ihre Entmachtung ohne Mitentscheidung schlucken. Valerie Giscard d'Estaing hat es so ausgedrückt: «Über den Verfassungsentwurf sollte möglichst nicht noch diskutiert werden.» Und der deutsche EU-Parlamentarier und Mitglied des Verfassungskonvents Elmar Brok betont: «Der Verfassungsentwurf ist ein Ganzes, das man entweder annimmt oder ablehnt.» [BZ, 1.10.03].

Die neue Verfassung soll beim entscheidenden EU-Gipfel Mitte Dezember 2003 «ghaue oder gstoche» durchgepeitscht werden. Die 10 neuen Mitgliedstaaten sollen im Mai 2004 aufgenommen werden – koste es, was es wolle!

**Wir Schweizerinnen und Schweizer wollen weder das gerupfte Huhn noch die Milchkuh der EU sein!**

### Stierkampf dank EU-Subventionen

Das so genannte EU-Minotaur-Projekt hat den Zweck, «Feste mit Stieren» als Bestandteil der Tradition der Mittelmeerregion zu verankern. Ein erster Betrag von 1,3 Mio. Euro aus dem Kulturförderungsprogramm «Interreg III» soll die Stierkämpfe und das Hetzen von Stieren durch Strassen «erhalten» ... [Journal Franz Weber, Nr. 65, Sept. 2003]

### Kleiner Exkurs:

Woher kommt der Name Europa? Europa war die Tochter des phönikischen Königs Agenor. Zeus, der Götterchef verliebte sich in die wunderschöne Europa. Er verwandelte sich in einen schneeweissen Stier und näherte sich Europa. Als Europa Zeus als Stier sah, war sie von seiner Schönheit überwältigt. Es gelang Zeus, sie zu verführen. *Wenn Europa ihren Stier auch durch die Strassen gehetzt und nach guter Mittelmeer-Tradition auf spielerische Weise abgestochen hätte ...*

### «Die Schweizer Erfahrung ist nicht übertragbar»

[aus einem Interview im Tagesanzeiger vom 8.10.2003 mit Ralf Dahrendorf]

**Frage:** Haben Sie als ehemaliger EG-Kommissar Verständnis dafür, dass die Schweiz auf ihrer nationalen Souveränität beharrt und nicht der EU beitreten will?

**Antwort:** Ja da hab ich Verständnis dafür. (...) Ich habe nie gepredigt, dass die Schweiz der EU beitreten muss; (...) die Schweiz handelt auf der sicheren Basis ihrer Geschichte. Ich halte es nicht für lebenswichtig, dass die Schweiz in der Union ist.

*Worin liegen derzeit die grössten Defizite in der EU?*

Das grösste Defizit ist der eklatante Widerspruch zwischen dem Anspruch auf eine europäische Union (...), der in Sonn-

tagsreden geweckt wird, und der Realität, die doch sehr viel zu tun hat mit der Verteidigung von Besitzständen (...).

*Ist das Schweizer Kollegialsystem zu konsensorientiert?*

Ich bin überzeugt von der Einmaligkeit der Schweizer Erfahrung. Hier funktionieren Dinge, die sich nicht übertragen lassen, einschliesslich der substantziellen Volksabstimmungen. Und dazu gehört auch ein Versuch der Konsenspolitik, der sehr weit geht. (...) Einschneidende Veränderungen kommen nicht leicht zustande. Später kommen dann die Veränderungen doch noch, weil am Ende die aktiven Bürger verstehen, was Not tut. Doch das ist alles nicht übertragbar, weil das etwas zu tun hat mit Tradition und Grösse. Und zur Grösse gehört auch die Binnenstruktur mit den Kantonen (d.h. der Föderalismus, die Red.).

### «Schweiz zeigt uns Schwächen der EU»

Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg antwortete auf die Frage, ob er die Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz zur EU bedenklich finde: «Ich finde, es ist gar nicht so schlecht. Denn das Beispiel der Schweiz zeigt, wo die Schwächen der EU liegen. Diese Spannung deckt immer wieder auf, wo wir zu bürokratisch sind und wo Freiheit suchende Menschen Angst vor der formalen Knechtschaft der Bürokratie haben. Das ist für beide ein Spannungsverhältnis. Und ich bin gar nicht so unglücklich, dass es das gibt.»

[Neue Luzerner Zeitung, 31.10.03]

## Kampf ums Wasser wird ernst ...

... titelte die Tageszeitung VORARLBERGER NACHRICHTEN vom 9.10.2003. Der österreichische Städte- und der Gemeindebund sowie der Umweltdachverband sehen sich gezwungen, gegen den drohenden Ausverkauf des heimischen Wassers einen Schulterschluss zu bilden. Denn die EU will im Rahmen ihrer Binnenmarktstrategie die Wasserversorgung liberalisieren, das würde bedeuten, Wasser wird zur Handelsware. Der Bregenzer Bürgermeister stellt fest, die Wasserversorgung sei ein Grundbedürfnis der Menschen und sei der einzige Rohstoff Österreichs. Zudem habe die öffentliche Hand Milliarden in die Wasserversorgung investiert, deshalb gehöre diese in die Hand der Gemeinden und unter demokratische Aufsicht des Bürgers.

*Wollen wir unser Wasser auch noch dem EU-Regime unterstellen?*

## EU-Wahnsinn: Hartes Brot ist Sondermüll

In Österreich dürfen rund 20 000 Tonnen Brot nicht mehr an die Bauern abgegeben werden. Statt das jährlich zu viel produzierte Brot an Schweine zu verfüttern, muss es als Sondermüll entsorgt werden. Eine EU-Richtlinie verbietet die Brotfütterung von Schweinen. Der Präsident der Tiroler Bäckermeister: «Neue EU-Verordnung ist ein Frevel!».

[Blick Punkt Landeck, 21.10.03]

*Wie wäre es, wenn die EU-Mächtigen einmal nur hartes Brot essen müssten? Vielleicht hätte dies positive Wirkung auf den Verstand ...*

## Selbstbedienungsmentalität auf höchstem Niveau!

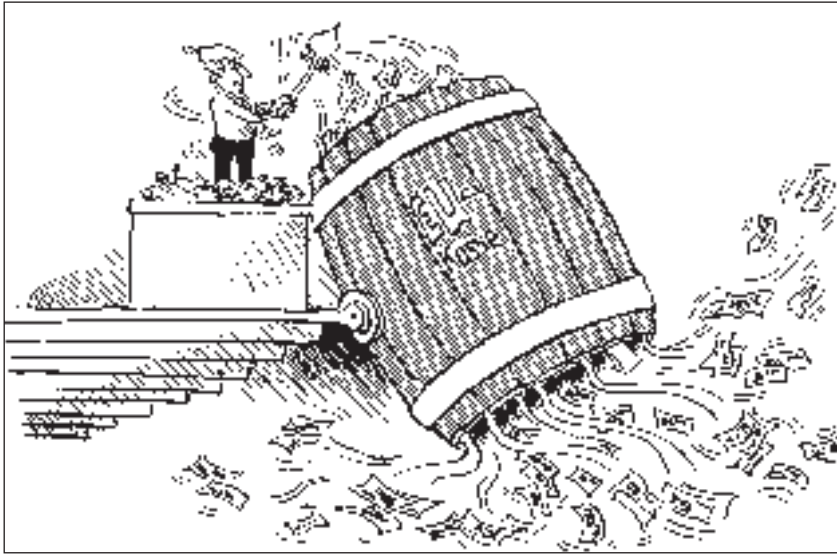
Bisher orientierten sich die «Löhne» der EU-Parlamentarier an nationalen Regelungen. Jetzt hat die Mehrheit der Parlamentarier beschlossen, ihre Gehälter zu harmonisieren, denn die nationalen Unterschiede seien ungerecht, schliesslich gelte: «Gleiches Geld für gleiche Arbeit». Mit einer monatlichen Einheitsentschädigung von 8671 Euro orientieren sich die «armen Parlamentarier» an den Spitzenlöhnen der italienischen Abgeordneten: 10 643 Euro. 1998 richteten sich die Entschädigungen noch am Durchschnitt von 6577 Euro – über 2000 Euro mehr ist wahrlich ein toller Teuerungsausgleich!

Dazu kommen bereits heute zusätzlich 251 Euro Taggeld für jeden Tag in Brüssel – tolles Taschengeld! Im Weiteren stehen den EU-Parlamentariern kostenlose Büros zur Verfügung, und die Deutschen erhalten noch eine «Allgemeine Kostenpauschale» von 3334 Euro – steuerfrei!

Ein EU-Parlamentarier erhält nach zehn Jahren Parlamentsarbeit ein monatliches «Ruhegeld» von 3035 Euro, nach 20 Jahren das Doppelte.

Ein deutscher Sozialdemokrat sieht die nun beschlossene Gehaltserhöhung so: «Wir reden nicht über eine Erhöhung der Ge-

hälter, sondern über eine Harmonisierung der Entschädigung. Das ist etwas anderes.» [Oberbayerisches Volksblatt, 7.8.2003]  
*Aha! –Wir verstehen, warum auch bei uns Politikerinnen und Politiker, besonders aus dem sozialistischen Lager, in die EU wollen ...*



**Vom Winde verweht...**

(Karikatur: Paulmichl)

OVB vom Sa/So, 13./14. September 2003

## Der Euro ist mitschuldig an der Rezession

[aus dem Artikel «Konjunkturelle Probleme einer Einheitswährung», von Karl Socher, emeritierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Innsbruck, NZZ, 8.9.2003]

**Die Konjunkturabschwächung im Euro-Gebiet hat etwa einhalb Jahre nach Einführung des Euro als Buchgeld (1999) begonnen, und sie setzte sich nach Einführung des Euro-Bargeldes im Jahre 2002 fort. In den USA war zwar ebenfalls eine Rezession zu verzeichnen, aber die deutsche und die italienische Konjunkturschwäche wirkten tiefgreifender, und der Kurszerfall der Aktien war in Deutschland weit stärker als in den USA.**

Das Problem bei der (EU-)Einheitswährung liegt laut Professor Socher vor allem darin, dass «ein einzelnes Land im Euro-Raum nicht mit Geld- und Währungspolitik auf Entwicklungen reagieren (kann), die nur es allein, nicht aber die anderen Länder der Union betreffen. Notwendig wäre eine hohe Lohn- und Preisflexibilität oder entsprechende Arbeitskräfte-Mobilität. Beide sind in der EU nicht gegeben.»

Für die Mitschuld des Euro an der Dauer der Rezession gibt es mehrere Argumente:

### 1. Überinvestitionen im ungünstigsten Moment:

Neben dem Aufkommen neuer Technologien und der Aktienhausse hat auch die Einführung des Euro zu solcher Überinvestition beigetragen. So etwa durch zusätzliche Investitionen (wie Errichtung von Banknotendruckereien), Umstellungen von EDV-Anlagen oder Propagierungsausgaben, welche zum Teil

durch Notenbankgelder finanziert wurden. Diese Einführungskosten fielen zum grössten Teil in der Überhitzungsphase vor der Krise an, wirkten also prozyklisch (anheizend).

Die Euro-Bargeld-Einführung hat in einzelnen Sektoren, vor allem im Gastgewerbe, zu **Preissteigerungen** geführt. Das Gefühl, der Euro sei ein «Teuro» dürfte bei den Konsumenten eine gewisse Kaufzurückhaltung bewirkt haben.

### 2. Zu hohe Realzinsen in Deutschland

Vor Abschaffung der D-Mark war der Realzins in Deutschland dank der Stabilitätspolitik der Bundesbank niedriger als in den meisten anderen Ländern. Durch die Währungsunion wurde der Nominalzins für den Euro «gleichgeschaltet», die Teuerungsraten divergieren aber mehr als vorher. Deshalb kam Deutschland im Juni 2003 mit einer Inflationsrate von 0,9 % auf einen um fast 3 % höheren Realzins als etwa Portugal, Griechenland und Irland. Die Investitionskosten in Deutschland haben sich gegenüber jenen in peripheren Ländern dramatisch erhöht.

Eine ähnliche Entwicklung ist nun in einigen EU-Beitrittsländern zu beobachten. Dank den niedrigen Realzinsen werden Investitionen von der EU in diese Länder verlagert.

### 3. Deflationäre Spirale

Wenn das Inflationsziel von 2 % eingehalten wird, aber unterschiedliche Inflationsraten herrschen, bedeutet dies, dass in einzelnen Euro-Ländern die Inflationsrate auf 1% oder darunter fallen

muss. Das kann deflationäre prozyklische Effekte auslösen. Es kommt in vielen Bereichen zu Preissenkungen, die eine Zurückhaltung bei Käufen und Krediten auslösen, wie sie bei einer Deflation allgemein zu beobachten ist.

In der Währungsunion fehlt ein Ausgleichsmechanismus, wie er in jeder Wechselkurs-Union besteht. Wenn ein Land in einer Wechselkurs-Union in einer Abschwächungsphase seine Zahlungsbilanz verbessert (durch zurückbleibende Inflationsraten, vermehrte Exportanstrengungen), fließen die zusätzlichen Devisenreserven der Notenbank zu. Durch die Ausweitung der Geldmenge wird die Konjunktur angeregt. Dieser Ausgleichs-Mechanismus fällt in der Währungsunion weg.

Die Euro-Schwäche nach der Einführung wirkte prozyklisch, sie förderte den Export in der Boomphase. Umgekehrt geht vom höheren Euro-Kurs der letzten Zeit eine konjunkturdämpfende Wirkung aus.

**Die Einführung des Euro hat somit zum langen Anhalten der Stagnation beigetragen. Professor Socher geht davon aus, dass die «Konjunkturausschläge im Euro-Gebiet in Zukunft noch stärker werden, weil die Gleichschaltung der Geldpolitik zu einer Angleichung der Konjunkturen beitragen wird.» Vor Einführung des Euro hätten die unterschiedlichen geld- und konjunkturpolitischen Massnahmen in den einzelnen Ländern gegenläufige Konjunkturphasen zugelassen und damit insgesamt die Ausschläge der europäischen Konjunktur geglättet, stellt Socher fest.**



**Neulich in Schweden!**

(Karikatur: S. Raos)

## Europa ist mehr als die EU

«Werden wir Europäer, um Schweizer zu bleiben!» Dieser Ausruf stammt von alt Botschafter Benedikt von Tscharnern.

Im Alltagsgespräch werden Europa und die EU häufig gleichgesetzt. Im schriftlichen Gebrauch und bei Aufrufen jedoch wirkt diese Ungenauigkeit untragbar. Wie weit geht die Irreführung auf Nachlässigkeit zurück, wie weit allenfalls auf gezielte Manipulation? Die EU bleibt auch nach dem Mai 2004, wenn die 10 neuen Beitrittsländer aufgenommen sein werden, nur ein Teil von Europa. Die Schweiz pflegt engen Kontakt mit allen europäischen Ländern. Sie steht keineswegs im Abseits; einmalig sind indessen die Stärke unserer Demokratie und die beneidenswerte Entscheidungsfreiheit von Kantonen und Gemeinden.  
Thomas Marthaler, Zürich

## EU-Beitrittsgesuch zurückziehen!

Der Bundesrat weigert sich, das EU-Beitrittsgesuch zurückzuziehen. Wäre die Eidgenossenschaft ein Unternehmen, wäre sie ob des Fehlens von Mut und Gradlinigkeit einiger ihrer Exponenten längst bankrott. Dabei ist die zu beantwortende Frage einfach: Wollen wir die Unabhängigkeit unseres Landes oder einen Beitritt zur EU? Unabhängigkeit und EU-Beitritt schliessen sich aus.  
Hans Baur, Beinwil am See

## Der EU-Stabilitäts-pakt als Makulatur

Der EU-Stabilitäts-pakt schreibt bekanntlich vor, dass die Neuverschuldung eines Euro-Landes die «Maastricht-Schwelle» von 3 % (des Bruttoinlandproduktes BIP) nicht überschreiten darf. Im krassen Widerspruch dazu wird das französische Staatsdefizit 2004 die Maastricht-Schwelle bereits zum dritten Mal in Folge überschritten.

Die EU-Kommission hat nun empfohlen, Frankreich nach Art. 104/9 EG-Vertrag «in Verzug zu setzen» und zu verlangen, dass es das strukturelle Defizit 2004 um 1 Prozentpunkt des BIP reduziert, um die 3 %-

Schwelle wenigstens 2005 einhalten zu können. «Zwangsauf-lagen» nach Art. 104/9 sind aber eine scharfe Waffe, da sie mit Überwachung verbunden sind und zu Sanktionen führen können. Inzwischen ist ein Streit darüber ausgebrochen, ob diese nächste Stufe zwingend ist oder ob der Ecofin (EU-Finanzministerrat) lediglich eine weichere Empfehlung nach Art. 104/7 aussprechen soll. Wirtschafts-kommissar Solbes hält hingegen klar an der Sanktion gemäss Art. 104/9 fest, welche nach dem Rechtsdienst des EU-Ministerrates in dieser Situation die einzige Möglichkeit ist. Von Seiten Deutschlands ist man jedoch für die «weichere» Tour.

[NZZ, 4.11.2003]

***Einmal mehr zeigt es sich, dass man in der EU nicht gewillt ist, die eigenen Kriterien durchzusetzen, insbesondere wenn es um «Grosse» wie Frankreich geht, denen man nicht zu nahe treten will. Die Schweiz ist gut beraten, sich von dieser fatalen Günstlingswirtschaft gegenüber den «Grossen» und vom Brüsseler Korruptionssumpf insgesamt fernzuhalten. Wir kämen unter die Räder und hätten all zu viel zu verlieren an Souveränität, Freiheit und Wohlstand.***



## Aussenpolitischer Aktivismus

Presse-Mitteilung der AUNS vom 14.10.2003

### NATO-lastiger Bundesrat unterwandert Neutralität!

**Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) stellt fest, dass sich der Bundesrat immer mehr in den Internationalismus flüchtet, statt seine Verantwortung wahrzunehmen und die Probleme (Asylmissbrauch, AHV, IV, Krankenkassenprämien, Staatsverschuldung) im eigenen Land zu lösen.**

In seinem Drang, bei «den Grossen» der Welt dabei zu sein, opfert der Bundesrat Schritt um Schritt unsere Unabhängigkeit und Neutralität.

Bei einem Treffen des NATO-Generalsekretärs mit den Bundesräten Calmy-Rey und Schmid wurde eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der NATO vereinbart. Die Neutralität wird immer mehr preisgegeben.

«Aussenministerin» Calmy-Rey führt ihr unsägliches Herumirren von Fettnapf zu Fettnapf weiter: Beim Treffen mit dem russischen Aussenminister hat sie es tatsächlich fertig gebracht, die Entschädigungsfrage wegen des Überlinger Flugzeugabsturzes mit der Menschenrechtsfrage in Tschetschenien zu koppeln.

In Berlin bittet sie den deutschen Aussenminister um Unterstützung für den für unser Land äusserst nachteiligen Schengen-Beitritt.

Während das Asylchaos und die Ausländer-Kriminalität immer mehr Leute beschäftigen, bringt es Frau Metzler fertig, die Registrierung von Jagd-, Sport- und Militärwaffen zur ersten Priorität zu machen.

Es ist nach Ansicht der AUNS höchste Zeit, dass wieder Bundesräte gewählt werden, welche die Interessen der Schweiz vertreten.

\*\*\*

### Auszug aus dem «Tagebuch» der Bundesräte

- 13.10.2003 Bundespräsident Couchepin empfängt um 15.20 Uhr Lord George Robertson, **NATO-Generalsekretär** im Präsidentenzimmer
- Bundesrat Schmid und Bundesrätin Calmy-Rey empfangen um 11.45 Uhr **NATO-Generalsekretär** Robertson im Landsitz Lohn-Kehrsatz
- 14.10.2003 Bundesrätin Calmy-Rey weilt ab 10 Uhr zu einem offiziellen Arbeitsbesuch bei Herrn Joschka Fischer, dem deutschen Aussenminister, in **Berlin**
- 23.10.2003 Aussenministerin Calmy-Rey weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in **London**  
Meeting mit Aussenminister Jack Straw  
Meeting mit dem Minister für Europafragen, Denis McShane  
18.30 Uhr Abflug nach **New York** zu einem Arbeitsbesuch bis zum 27.10.  
u.a. Vortrag bei der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer «Rückblick auf das erste Jahr der Schweizer UNO-Mitgliedschaft»; Meeting mit Kofi Annan, UNO-Generalsekretär; Meeting mit Louise Frechette, Mitarbeiterin des UNO-Generalsekretärs; Meeting mit Israel Singer, Jüdischer Weltkongress
- 30.10.2003 Bundesrat Leuenberger nimmt ab 18.30 Uhr mit dem Tagesanzeiger-Chefredaktor Peter Hardmeier an einer **Buchveranstaltung** in der Ratshauslaube Schaffhausen teil
- Statt seinen Auftrag zu erfüllen, die Departementsgeschäfte zu erledigen und die Probleme zu lösen (Luftverkehrsabkommen), beliebten Herr Bundesrat Bücher zu schreiben, Geschichten zu erzählen, «in Kultur zu machen» und mitunter auch als Clown aufzutreten. Leuenberger hat nun auch noch eine hochbezahlte «Kommunikations-Spezialistin» (Frau Tschanz) angestellt, welche die weiteren Misserfolge mit Emotionen und Tränen übertünchen soll.
- 04.11.2003 Bundesrat Schmid empfängt um 08.30 Uhr Herr Yevhen Marchuk, den **ukrainischen Verteidigungsminister**, in Bern
- 05.11.2003 Bundesrätin Calmy-Rey nimmt an der 113. Session der Ministerkonferenz des Europarates in **Chinisau** (Moldawische Republik) teil.
- 06.11.2003 Bundesrat Schmid empfängt ab 08.30 Uhr Herr Paneli Majko, **Verteidigungsminister von Albanien**, im Rahmen eines offiziellen Besuches in Bern
- 07.11.2003 Bundesrat Deiss stattet einen offiziellen Besuch in **Seoul** ab.
- Bundesrätin Calmy-Rey weilt zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in **Warschau**.
- 09.11.2003 Bundespräsident Couchepin weilt zu einem offiziellen Besuch in **Hongkong**

### Drang zu aussenpolitischem Aktivismus, zur EU und zur NATO

- Der aussenpolitische Aktivismus der Bundesräte ist seit dem Beitritt der Schweiz zur politischen UNO geradezu explodiert. Empfänge, Arbeitsbesuche, Arbeitsses-

sen und Meetings jagen sich. Man sonnt sich im Glanz der «Grossen» und verteilt Dutzende von Millionen Steuerfranken im Ausland.

- «Aussenministerin» Calmy-Rey und Bundespräsident Couchepin wallfahrten in europäische Hauptstädte (Paris, Wien, Berlin, Rom, Lissabon, London, Dublin, Warschau etc.) und buhlen dort um Unterstützung für die

für unser Land nachteiligen Bilateralen II (Schengen/Dublin). Im Widerspruch zum Volkswillen wollen sie unser Land über die Schengener Hintertür in die EU drängen.

- Gleich zwei Bundesräte haben dem NATO-Generalsekretär ihre Aufwartung gemacht. Die neutralitätswidrige NATO-Kooperation wird vorangetrieben.

## Die «grosse Diplomatie» für Frankreich – die Chaoten und Millionenkosten für die Schweiz

An die Sicherheitskosten für den G8-Gipfel vom vergangenen Juni in Evian von insgesamt 43 Millionen Franken zahlt der Bund 40 Prozent (sowie 5,3 Millionen für die deutschen Polizisten). Die Kantone Genf, Waadt und Wallis zahlen je 20 Prozent. Frankreich übernimmt 18 Millionen Franken.

[Blick, 13. November 2003]

Fazit: Für die «Übernahme» der Chaoten zahlt der Schweizer

Steuerzahler (ohne Versicherungsleistungen für die angerichteten Schäden) **30,3 Millionen Franken**. Frankreich, auf dessen Territorium der Gipfel stattgefunden hat, zahlt ganze 18 Millionen. In der Tat: ein diplomatisches und finanzielles Glanzstück unserer westlichen Nachbarn. Möglich geworden durch einen kuschenden Bundesrat, der von der «Grandeur» auch ein Stück abschneiden will – und wenn es nur die Chaoten sind!

### Partner der NATO?

«Vor der Abstimmung über die Armee XXI wurden wir belehrt: Wir bleiben neutral. Der NATO-

Beitritt ist kein Thema. Damals diskreditierte Bundesrat Schmid das Gegnerkomitee als «Fantasten». Dabei hatte dieses Komitee genau das vorausgesagt, was heute offiziell als Doktrin bekannt gegeben wird. Jetzt reicht Bundesrat Schmid NATO-Generalsekretär die Hand und erklärt, das Ziel der Schweiz sei es, die militärische Zusammenarbeit zu stärken, sowohl bei Katastrophenfällen als auch bei «friedensunterstützenden Operationen». Bundesrätin Calmy-Rey erklärt, man wolle ein zuverlässiger Partner sein. Mit einer Politik der versteckten Lügen wird unsere direkte Demokratie zur Farce gemacht.»

Ruedi Burger, Burg

## Immerwährende, bewaffnete Neutralität

### So geht die schweizerische Neutralität vor die Hunde

#### Die «offene Diplomatie» von Frau Calmy-Rey

● Konferenz der «letzten Chance» (Irak-Krieg)	ein Flop
● «Idee» der Opferliste im Irak-Krieg	Rückzug, weil abstrus
● Grenzüberschreitung in Korea	eine lächerliche, grössenwahnsinnige Peinlichkeit, PR-Gag
● Verurteilung der G8-Gipfels in Evian als «anti-demokratisch»	muss zurückkriechen
● Kritik an der Nahostpolitik Israels	neutralitätspolitischer Affront
● Frau Calmy-Rey tadelt die Aussenpolitik der Regierung Bush (Tagesanzeiger, 25.10.03)	neutralitätspolitischer Affront
● Zu Besuch bei Joschka Fischer, 14.10.03	Kein Wort über Anflugregime Kloten, überflüssige Showveranstaltung
● Frage: Wo steht Bern im Streit USA-Europa? Antwort: auf Seiten Frankreichs und Deutschlands (Die Presse, 6.9.03)	neutralitätspolitische Todsünde
● Genfer Initiative» (Unterstützung eines «inoffiziellen» israelisch-palästinensischen Friedensplans	Publizitätssucht, Brüskierung Israels

**«Unsere heutige Aussenministerin scheint weder historisch noch realpolitisch zu denken. Sololauf reiht sich an Sololauf. Sie brüskiert Handelspartner, schafft sich Feinde, organisiert Peinlichkeiten, schießt nach Anerkennung auf dem Boulevard.»**

(Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli)

**«Als sie 2003 das Amt antrat, wusste sie von der Aussenpolitik wenig und von Diplomatie nichts, woraus sie ein Programm machte, das sie «öffentliche Diplomatie» nennt und das ihr erlaubt, die Resultate lauten Denkens als das zu deklarieren, was sie eigentlich gewollt habe.**

[Max Frenkel, NZZ]

## Asylpolitik

### Millionen für Swisscoy – mehr Asylanten aus Kosovo / Balkan!

Das neunte Swisscoy-Kontingent (Schweizer Soldaten im NATO-Einsatz) hat seinen Dienst im Kosovo angetreten. Es umfasst 203 Soldaten, darunter 15 Frauen. Der Einsatz des neunten Kontingentes begann mit einer schlichten Zeremonie auf dem Flugplatz der kosovarischen Hauptstadt Pristina. Das heimkehrende achte Kontingent wird am Freitag (17.10.03) in Stans offiziell verabschiedet.

[sda, 16.10.03]

**Illusion und Wahrheit:** Der Swisscoy-Einsatz, der offiziell pro Jahr rund 50 Millionen Franken kostet – bei einer seriösen Gesamtrechnung (inklusive PolitikerTourismus etc.) noch wesentlich mehr – wird immer wieder damit begründet, die «Friedenserhaltung» (Neudeutsch: Peace-keeping) im

Balkan bringe einen massiven Rückgang der Asylbewerber. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zahl der Asylgesuche aus Serbien / Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien ist von 5539 im Jahr 2001 auf 6325 im Jahr 2002 angestiegen.

### Amnestie für «Papierlose»?

Schon vor Jahren haben Parlamentarier von Mitte-links eine Amnestie für so genannt Papierlose gefordert: Die schätzungsweise 100 000 bis 300 000 illegal Anwesenden sollten mit einem Federstrich «regularisiert» werden, also eine Anwesenheitsberechtigung erhalten. Nun kommt diese abstruse Idee, welche Rechtsbruch und Illegalität noch belohnen würde, erneut aufs Tapet. Die Caritas fordert die kollektive Aufnahme der Papierlosen.

[sda, 11.11.2003]

P.S. Die AUNS wird diese folgenschwere, unverantwortliche Forderung selbstverständlich bekämpfen.

### Ostschweizer Kantone fordern härtere Asylpolitik

[sda, 12.11.2003]

Geschlossene Unterkünfte für renitente Asylbewerber, kürzere Asylverfahren, raschere Ausschaffungen: Solche Forderungen unterbreiten die Ostschweizer Justiz- und Polizeidirektoren (SG, TG, AR, AI, SH, ZH, GL, GR) dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement. Die Ausschaffungshaft von höchstens 12 Monaten müsse verlängert werden.

Die Fürsorgeleistungen sollen nach Ablauf der Ausreisefrist auf das verfassungsrechtliche Minimum beschränkt werden.

## Frankreich macht kurzen Prozess mit Asylbewerbern

Innerhalb von zwei Monaten wird in Frankreich künftig entschieden, ob ein Asylbewerber im Land bleiben darf. Bisher dauerte das Verfahren zwei Jahre.

In der Nacht auf vorgestern hat das Parlament in letzter Lesung eine deutliche Verschärfung des Asylgesetzes beschlossen.

Die wichtigste Neuerung ist die **Verkürzung des Verfahrens**: Innert zwei Monaten muss die Flüchtlingsbehörde Opfra, die dem Aussenministerium unterstellt ist, künftig über die Gesuche entscheiden. Bei einem ablehnenden Entscheid ist nur ein einmaliger Einspruch bei einer Rekurskommission möglich.

Ebenso wird der Begriff der **verfolgungssicheren Herkunftsstaaten** eingeführt. Asylbewerber aus diesen Staaten haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Asyl. Falls sie doch ein Gesuch einreichen, wird es in einem Schnellverfahren beurteilt.

Als weitere Neuerung sieht das Gesetz ein **«internes Asyl»** vor: Flüchtlinge werden auch dann zurückgeschafft, wenn sie in einem sicheren Teil ihres Herkunftslandes platziert werden können.

[Tagesanzeiger, 20.11.2003]

## Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» (siehe Beilage!)

Um endlich wieder gleich lange Spiesse für diejenigen Stimmberechtigten zu schaffen, die es sich erlauben, eine andere Meinung als der Bundesrat zu vertreten, haben sich Bürgerinnen und Bürger aus der ganzen Schweiz zusammengetan und im März 2003 die Eidg. Volksinitiative «Volkssouveränität gegen Behördenpropaganda» lanciert.

Aus denselben Überlegungen wie das Initiativkomitee «Bürger für Bürger» hat übrigens Nationalrat Hans Fehr im Nationalrat eine Parlamentarische Initiative mit ähnlicher Zielrichtung eingereicht. Die Umsetzung dieser Initiative wurde vom Nationalrat am 23. September 2003 mit 106 gegen 41 Stimmen abgelehnt, weil sie anregte, der Bundesrat solle sich an sachliche Argumente halten.

Es ist dringend nötig, die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» vor den Souverän zu bringen, da die Mehrheit des Parlamentes offensichtlich die autoritären und undemokratischen Praktiken der Bundesverwaltung und der Exekutive deckt.

Mit dem Grauen Brief 93 überlassen wir Ihnen einen Unterschriftenbogen dieser Volksinitiative. **Bitte unterschreiben Sie das Volksbegehren und helfen Sie mit, weitere Unterschriften zu sammeln. Besten Dank.**

## Wir brauchen auch Sie – für die Frontarbeit gegen «Schengen»!

Für unsere kantonalen und regionalen Stützpunkte suchen wir engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Reich werden Sie mit der AUNS-Arbeit nicht – das ist der Unterschied zu den teuer bezahlten Werbemarionetten der Bundespropaganda! Aber dafür leisten Sie einen dringend notwendigen Beitrag für eine freie, unabhängige, neutrale Schweiz. Für die Nationalratswahlen und das Referendum gegen den Schengener Kolonialvertrag sind Standaktionen, Veranstaltungen, Flugblatt-Aktionen und Unterschriftensammlungen zu organisieren.



### Antwort-Karte

**Jawohl, ich mache mit! Nehmen Sie mit mir Kontakt auf!**

Vorname/Name

Adresse/Postfach

PLZ/Ort

Telefon/Natel/Fax

E-Mail

Datum/Unterschrift

**Karte einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16 oder Fax 031 356 27 28**

# Mitglieder-Wettbewerb

## «Jetzt erst recht»

Unabhängig von der Zusammensetzung des Parlamentes und des Bundesrates müssen wir die AUNS verstärken. Denn der Beitritt zu Schengen, zur EU und zur Nato sowie die Bestrebungen zum Abbau der direkten Demokratie sind noch nicht vom Tisch. Wir bitten alle Mitglieder, Gönner und Sympathisanten mitzuhelfen, den Mitgliederbestand zu erhöhen. Die besten Resultate werden wir wieder mit tollen Preisen auszeichnen. Der Wettbewerb läuft bis 8. Mai 2004. Die Gewinner werden an der nächsten ordentlichen Hauptversammlung vom 15. Mai 2004 ausgezeichnet.

Vergessen Sie nicht, unter «Geworben durch» Ihren Namen und Adressangaben aufzuführen.

(Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Die neuen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten müssen ihren Beitritt mit ihrer Unterschrift bestätigen.)

*Herzlichen Dank!*



### **Sind Sie schon AUNS-Mitglied?**

**Oder haben Sie Ihren Nachbarn, Verwandten, Bekannten, Freund von der AUNS überzeugt?**

**Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)**

Mitglied ( Ehepaar),  Gönner oder  Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Geworben durch: \_\_\_\_\_

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16  
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5